

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. f. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jebedmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Se. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer hat in Höchsterseiner Eigenschaft als Protektor des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie im Sinne des §. 22 der Statuten dieser Anstalt die nachfolgend namhaft gemachten Künstler, Kunstfreunde und Vertreter der österreichischen Industrie zu Korrespondenten des Museums ernannt:

den Portrait- und Historienmaler Friedrich Amerling in Wien;  
den Zeichenlehrer Johann Dwořáček an der Industrieschule zu Steinschönau;  
den Porzellanwaaren-Fabrikanten Moriz Fischer in Herend;  
den Zeichenlehrer Joseph Seyling an der Oberrealschule in Linz;  
den Ritter Giacomo Hirschl-Minervi in Triest;  
den Abtheilungsvorstand Philipp Owen vom South-Kensington-Museum in London;  
den Sektionsrath und österreichischen Generalkonsulats-Direktor Ignaz Ritter v. Schäffer in London;  
den Banquier Beno Speyer in Cincinnati.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 12. Jänner.

In Ermangelung von positiven Nachrichten wird von der Tagespresse wieder einmal viel in Konjekturen gemacht. Als eine solche ist sicher die „Kompensation“ durch Theilung der militärischen und diplomatischen Führung in Deutschland zwischen Oesterreich und Preußen mit der Abgrenzung durch die Mainlinie, wie sie in einigen Blättern besprochen wurde, zu betrachten. Soll die Allianz einen Nutzen für Deutschland gewähren, so liegt derselbe nicht in der „Theilung“, sondern vielmehr in der engen Verbindung derjenigen großen deutschen Mächte, die bisher stets Rivalen waren.

Die Frankfurter Europa veröffentlicht die Analyse eines Rundschreibens des bayerischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. d. Pfordten, vom 12. v. M. Der Inhalt dieses Aktenstückes wäre demnach folgender: Das Münchener Cabinet behält vornämlich die Politik und die Interessen Baierns im Auge, hegt jedoch die Ueberzeugung, daß die Politik und die Interessen Baierns eins sind mit der Politik und den Interessen Deutschlands. Eines Tages werden Baiern und Deutschland bei Regelung der großen europäischen Fragen, der italienischen und orientalischen, zu interveniren gezwungen sein. Baiern wolle Oesterreich und Preußen nicht veruneinigen, sondern es wünsche die Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands. Diese sei jedoch nur möglich, wenn die Rechte des deutschen Bundes gewahrt werden, zu welchem Zwecke das deutsche Volk in Frankfurt eine Vertretung erhalten müsse. Schließlich bespricht die bayerische Note die Angelegenheit der Herzogthümer. Herr v. d. Pfordten anerkennt das Recht Dänemarks, Lauenburg an die deutschen Großmächte abzutreten. Was Schleswig-Holstein betreffe, so habe Deutschland darauf gezielte Rechte, und gebührt die Herrschaft dem Prinzen Friedrich von Augustenburg.

Die Angelegenheit der päpstlichen Enzyklika ist in Frankreich in eine neue Phase getreten. Wie telegraphirt wurde, hat der Bischof von Poitiers die Enzyklika trotz des Verbotes von der Kanzel verlesen. Man muß mit Spannung erwarten, wie sich die Regierung gegenüber dieser offenen Uebertretung ihrer Verordnung verhalten, ob sie mit Strafen vorgehen wird.

Schon im vorigen Jahre, als der Kongreß zu Washington ein Votum abgegeben hatte, welches mit Bezug auf Mexiko ein Festhalten an der Monroe-Doktrin bekundete, war von der französischen Regierung Auskunft verlangt worden, inwiefern der Beschluß des gesetzgebenden Hauses mit der Politik Lincoln's zusammenhinge. Herr Seward hatte, unter Hinweis auf die nordamerikanische Verfassung, erwidert, daß die auswärtigen Angelegenheiten einzig von dem Senat und dem Präsidenten geleitet würden. Die Kaiserin beruhigten sich hiebei. Jetzt aber kehrt der Fall auf's Neue wieder; Herr Seward hat ein scharfes Mißtrauensvotum wegen jener Erklärung gegenüber dem französischen Gesandten erhalten. Hiedurch hat sich Drouyn de Lhuys bewogen gefunden, abermals eine Depesche nach Washington zu richten, und zwar in bestimmten Ausdrücken, weil nach der Botschaft des Präsidenten der Chef des Weißen Hauses die Ansicht der gesetzgebenden Mitglieder vollkommen zu theilen scheint, und somit alle Errungenheiten in Mexiko in Frage gestellt werden, in einem Augenblicke, wo die Pariser Regierung mit den Erfolgen in Südamerika und der Rückkehr der Truppen von einer im Lande mit Mißfallen betrachteten Expedition alle feindlichen Stimmen zum Schweigen zu bringen hoffte. In der Depesche wird auf die Thatfache hingewiesen, daß die Präsidentschaft Juárez' mit dem Monat November v. J. auch gesetzlich ihr Ende erreicht habe, wie es seit der französischen Intervention thatsächlich der Fall gewesen: Es fragt sich nur, ob hieraus Rechte für die französische Intervention in Mexiko hergeleitet werden können.

## Die allgemeine Klassen- und Einkommen-Steuer.

### II.

Wer sich mit dem Gesetzentwurf über die beantragte Einkommensteuer näher vertraut macht und denselben im Zusammenhange mit den anderen Gesetzesvorlagen zur Steuerreform prüft, der wird sofort manche Irrthümer erkennen, die sich bisher bei der öffentlichen Beurtheilung des ersten Gesetzentwurfes kundgegeben haben. Mehrseitig ist die Besorgniß ausgesprochen worden, es werde durch Einführung der Klassen- und Einkommensteuer eine ganz neue Steuer oder eine Doppelbesteuerung, in jedem Falle aber eine bedeutende Steuererhöhung beabsichtigt oder verwirklicht. Eine solche Absicht ist in dem vorliegenden Gesetzeswerke nirgends ausgesprochen, liegt aber auch nicht im Bestehen der prinzipiellen Grundlagen, auf welchen das neue Steuerhystem beruht. Wir haben es hier weder mit einer ganz neuen Art der Besteuerung, noch mit einer neuen Einhebungsmethode zu thun. Die Einkommensteuer vom Jahre 1849 sollte allerdings nur zur Bedeckung momentaner und vorübergehender Staatsbedürfnisse dienen. Sie wurde daher zu einem Theile in Form von Zuschlägen zu der bestehenden Grund-, Haus- und Erwerbssteuern und hauptsächlich nur in der zweiten und dritten Klasse von den Gehaltenden, stehenden Bezügen der öffentlichen Beamten und Diener und dem Einkommen der Künstler, Lehrer, Aerzte, Professoren u. s. w., ferner von den Zinsen von Staats- und öffentlichen Fonds, sowie von anderen Schuldverschreibungen direkt erhoben. Das Provisorium der Einkommensteuer vom Jahre 1849 hat sich leider mit all' seinen Härten und Inkonsequenzen in der Belastung der einzelnen Bevölkerungsklassen bis heute erhalten und durch die eigenthümliche Verbindung derselben mit den übrigen direkten Steuern in Form der Drittelszuschläge hat die bisherige Einkommensteuer nur zur Verstärkung der ungleichmäßigen Belastung anstatt zur Ausgleichung der allgemeinen Steuerlast gedient.

In dem nunmehr beantragten System ist daher eine vollständige Sonderung der einzelnen Steuerarten nach ihren prinzipiellen Grundlagen wie nach ihrer eigenthümlichen Bemessung angestrebt und während die Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Rentensteuer dem Gegenstande, den sie speziell in seiner Ertragsfähigkeit bemessen sollen, möglichst genau angepaßt sind, wendet sich die Einkommensteuer dem aus einem oder mehreren Ertragsobjekten kommenden, in einer bestimmten Person sich vereinigenden reinen Einkommen zu und sucht dasselbe mit möglichster Schonung der kleineren Einkommen und nach Abrechnung aller Privat- und öffentlichen Lasten, die der Einzelne zu tragen hat, zur Deckung der allgemeinen Staatsbedürfnisse heranzuziehen. Der Einwurf, daß durch die Einführung der Klassen- und Einkommensteuer eine „Doppelbesteuerung“ beabsichtigt werde, wird also schon durch den Hinblick auf die bereits bestehende Einkommensteuer in ihrer Verbindung mit dem bisherigen Steuersystem entkräftet. Sollte bis jetzt eine solche Doppelbesteuerung an demselben Gegenstande bestanden haben — was durch die bisherige Anwendung der Zuschläge gewissermaßen der Fall ist — so wird dieser Fehler wenigstens prinzipiell nunmehr durch die an die Stelle der Zuschläge tretende, nach ganz selbstständigen Prinzipien bemessene und vertheilte Klassen- und Einkommensteuer behoben werden. Uebrigens wird der Vorwurf einer Doppelbesteuerung sich nimmer und nirgends beseitigen lassen, wo mehrere Steuern neben einander bestehen und wo und so lange nicht das moderne komplizierte Abgabensystem, das aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Stempelgebühren und den vielfachen direkten Steuern zusammengesetzt ist, durch jene allgemeine und einzige Einkommensteuer ersetzt werden kann, die als Ideal dem Geiste der Nationalökonomie vorschwebt, deren praktische Durchführung aber nirgends noch ernstlich versucht wurde.

Vom Standpunkte einer rationellen Finanzpolitik empfiehlt sich die Klassen- und Einkommensteuer noch insbesondere als Uebergangs- und Hilfssteuer, wenn es sich, wie jetzt in Oesterreich, darum handelt, die bisherigen Grundlagen des Steuersystems im Geiste der Neuzeit und mit Rücksicht auf die heutigen volkswirtschaftlichen Zustände zu ändern, ohne zugleich das ganze Gebäude des bestehenden Abgabensystems und damit die gesamten Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse, die damit verwachsen sind, der Gefahr einer plötzlichen Erschütterung Preis zu geben. Die bisher bestandenen Ertragssteuern sollen auch nach dem Reformentwurfe vermöge ihrer ganzen Einrichtung und Veranlagung den mehr stabilen Theil des Steuersystems bilden und vor häufigen Änderungen und Schwankungen, welche so störend auf die Besitz- und Erwerbsverhältnisse einwirken, möglichst bewahrt werden. Indem namentlich die außerordentliche Ausgabenrubrik im Reichsbudget fernerhin der Regel nach nicht durch Erhöhung der Ertragssteuern oder durch Zuschläge zu denselben, sondern durch Anwendung der allgemeinen Klassen- und Einkommensteuer bedeckt wird, bilden diese für sich allein das mehr bewegliche Element im ganzen Steuersysteme, zumal sie sich durch die jährliche Ausschreibung und Bemessung genau nach der wirklichen jeweiligen Leistungsfähigkeit des Einzelnen richtet.

Das geringe Steuerausmaß, welches der beantragten Klassen- und Einkommensteuer zu Grunde liegt, ist Garantie dafür, daß die Veranlagung der Klassen- und Einkommensteuer nicht von jenem lästigen und mißliebigen Eindringen in die Privatverhältnisse der einzelnen Steuerträger begleitet sein werde, wie dieß befürchtet wird. Ebenso bürgt dafür das Prinzip der Repartition. Bei einer Repartitionssteuer wird das fiskalische Interesse an dem Eindringen in die Privatverhältnisse auf ein Minimum zurückgeführt. Weit größer ist dabei das Interesse der Steuerträger selbst an einer gerechten Vertheilung der Steuer und

dieß wird die Hauptaufgabe der zur maßgebenden Mitwirkung berufenen Steuerkommissionen sein. Uebrigens wird es sich, nachdem erst reformirte Ertragssteuer-Kataster hergestellt sind, welche die besten Anhaltspunkte bieten werden, bei der Bemessung der Klassen- und Einkommensteuer hauptsächlich nur um die Kenntnißnahme der sich jährlich in den Einkommensverhältnissen ergebenden Aenderungen handeln, um die Feststellung des Steuerbetrages für die Einzelnen ohne ängstliche Ausforschung der Geschäfts- und Privatverhältnisse mit stets wachsendem Erfolge zu ermöglichen.

## Oesterreich.

**Wien, 10. Jänner.** Die gestrige Sitzung des Finanzausschusses war durch den Umstand bedeutend, daß der Abgeordnete Graf Brinck folgenden Antrag stellte:

„Der Finanzausschuß wolle das Gesamtministerium auffordern, die einzelnen Budgetvoranschläge zur Beseitigung des Gebahrungsdefizits herabzusetzen und zu diesem Zwecke die geeigneten Vorschläge an den Ausschuß zu bringen, oder mit demselben zu vereinbaren, bevor der Ausschuß in Uebereinstimmung mit dem Adressenbeschlusse des Abgeordnetenhauses bei der Berathung der Erfordernisse der einzelnen Ministerien die unvermeidlichen Abstriche zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte vorzunehmen veranlaßt sein würde.“

Der Antrag fand von allen Seiten die lebhafteste Unterstützung und wurde einstimmig angenommen. Herr v. Plener, der bei der Sitzung anwesend war, gab keinerlei Erklärung, sondern verlangte nur eine Abschrift des Beschlusses, um ihn dem Ministerrathe vorzulegen. Auf Antrag des Grafen Brinck wurde auch beschlossen, die gefaßte Resolution als eine bedeutungsvolle durch das Präsidium des Hauses dem Ministerium mitzutheilen.

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses referirte Steffens über das Kapitel: Aerarial-Fabriken. Gleich bei dem ersten Posten „Staatsdruckerei in Wien“ beantragte Skene, daß die Regierung aufgefordert werden solle, dem Reichsrath Inventarien sämtlicher Fabriken (umfassend: Gebäude, Grund und Boden, Betriebskapitale und Utensilien) vorlegen, damit derselbe in die Lage komme, einen Schluß auf die Rentabilität der einzelnen Fabriken zu ziehen und darnach beurtheilen zu können, ob der Fortbestand oder die Auflösung derselben zu empfehlen sei. Die nach längerer Debatte erfolgte Annahme dieses Antrages führte nothwendig die Vertagung des Finanzausschusses herbei, was bei einzelnen Mitgliedern auf Widerstand stieß. Baron Eichhoff beantragte denn auch nochmalige Abstimmung über den Skene'schen Antrag, drang jedoch nicht durch.

Man schreibt der „Bohemia“: Eine ganz eigenthümliche Sensation macht in Reichsrathskreisen die Nachricht, daß sich unter dem greisen Abgeordneten Eder eine Fraktion von Großgrundbesitzern, Mitgliedern der Grafenbank und des Centrums bilde, die in der Steuerreformfrage gegen die beantragte Reform der Grundsteuer stimmen will. Die Thatsache dürfte namentlich in Regierungskreisen viel zu denken geben; denn gerade die Linke ist entschlossen, in der Steuerreformfrage den Finanzminister auf das Kräftigste zu unterstützen.

Wie bekannt, hat der in Josephstadt internirte ehemalige Insurgentenchef Marjan Langiewicz an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in welcher er bittet, daselbe möge die Aufhebung seiner Internirung und die Entlassung nach seiner Heimat — Langiewicz ist schweizerischer Staatsbürger — veranlassen. Der Petitions-Ausschuß hat nun in seiner Sitzung, auf Antrag des Dr. van der Straß, welchem diese Petition zum Referate überwiesen worden ist, beschlossen, das Ministerium um Aufklärungen zu ersuchen, aus welchen Gründen, obgleich der polnische Aufstand bereits längst erloschen ist, die Internirung aufrechterhalten werde, und wie lange dieselbe noch fortauern solle? Es ist kaum daran zu zweifeln, daß der Ausschuß sich für die Freigebung des tapfern Insurgenten-Generals verwenden wird, da es der Regierung schwerlich gelingen dürfte, die Fortdauer der Internirung zu rechtfertigen.

In **Wien** war der päpstliche Nuntius Monsignore Falcinetti, wie man dem „Pester Lloyd“ schreibt, schon in den letzten Tagen davon unterrichtet, daß sich eine antienchliche Kundgebung der Regierung vorbereite und er erklärt daher, Rom fasse die Enchiklita rein als eine kirchliche Kundgebung auf, und präntire gar nicht, daß dieselbe auf weltliche Dinge einen Einfluß üben solle. Aber diese beschwichtigenden Erklärungen des Nuntius hielten die Erklärung nicht auf.

## Ausland.

**Turin, 7. Jänner.** Die heutige „Perseveranza“ veröffentlicht zwei kurose Dokumente, die wahrscheinlich bei Ihnen viel Heiterkeit erregen werden, nämlich

den Protest des Triester revolutionären Comité's gegen die Aeußerung des Generals Lamarmora, „Triest wäre Deutschland nothwendig“, und das Einbegleitungsschreiben eines gewissen Dr. Molinari, der sich, obwohl kein Triester, zum Vertreter Triests im italienischen Parlamente aufgeworfen hat. Er hatte in den Fünfziger-Jahren in Triest seinen Wohnsitz genommen, beschäftigte sich aber wegen Mangel an Klienten mehr mit Agitiren als mit Geschäften, und wurde endlich ausgewiesen. Der Protest ist das Absurdeste, was man sich denken kann. „Triest ist seit den napoleonischen Kriegen in Verfall gerathen (!), weil Deutschland, statt es zu protegiren, es zu Grunde richtet und übrigens solle ein italienischer Staatsminister doch nicht die Konvenienz anderer Nationen zur Richtschnur für Italien nehmen etc. etc.“ Die erstere Absurdität zu widerlegen, wäre wohl eine überflüssige Mühe. Was das Letztere anbelangt, so war der Minister dießmal wirklich der Ausdruck der allgemeinen Meinung und als La Farina im Parlamente sagte: „Triest habe keine Traditionen“, so hatte er insofern Recht, als es wirklich in und für Italien keine Traditionen hat. Sie können hier Jahre leben und unsere wirklich sehr zahlreichen Journale, selbst die der Aktionspartei, täglich lesen, ohne von Triest die mindeste Erwähnung zu finden. Stand schon vor dem Falle Venedigs dieses dem übrigen Italien fremd und feindselig gegenüber, so war ihm das jenseits der Adria liegende, damals ganz unbedeutende Triest noch fremder. Ich kann Sie sogar versichern, daß dieses sich „Ausdrängen“ einiger Triester hier im Allgemeinen nicht den mindesten Anklang findet — man sieht zu gut ein, daß Triest Italien nicht den mindesten Vortheil bringen, wohl aber für dasselbe nur eine Quelle der größten Verlegenheiten werden würde, indem Deutschland für das Schicksal Triests eben so wenig gleichgiltig bleiben könnte als für jenes von Hamburg. Wohl mag es gewisse Leute in Triest sehr ärgern, hier so viel über Rom und Venedig reden zu hören und nie ein Wort über Triest, dieß mag auch die Veranlassung zum Proteste gewesen sein, den General Lamarmora gewiß nicht zu den Dokumenten legen wird, mit welchen er seine äußere Politik spinnt. Ueberhaupt machen der hiesigen Regierung die politischen Comité's mehr zu schaffen als alle politischen Ereignisse der Welt. Der stärkste Löwe, der einen Tiger besiegen könnte, wird ermatten und zu Tode gehetzt werden, wenn er sich fortwährend zahlreicher Schwärme von Mücken und Stechfliegen erwehren müßte! Und glauben Sie mir, der italienische Löwe — si lion il est — wird noch von diesen politischen Comité's, von diesen Mikroskopen im Makrokosmos Italiens zu Tode gehetzt werden. (D. D. P.)

Aus **Neapel, 30. Dezember**, schreibt man: Unsere Civilgerichtsbarkeit liegt seit langer Zeit im Argen. In den letzten zwei Monaten hat kein Prozeß zu Ende geführt werden können wegen Mangel an Richtern, und selbst der Advokat Tacorelli (derselbe wurde wegen Konspiration gegen die innere Ruhe des Landes unter der vorigen Regierung zu Galeerenstrafe verurtheilt), erklärte öffentlich dem Präsidenten: „Herr Präsident, ich habe Ketten getragen, um eine Regierung zu stützen, welche uns Gerechtigkeit versagte; ich begreife es nicht, wie wir die Revolution gemacht haben, um in einen schlechteren Zustand zu verfallen wie vorhin.“ Auf diese Worte wußte der Präsident nichts anderes zu erwidern, als er möge sich an die Minister wenden. Wenn solche Leute sich über die jetzige Gerichtsbarkeit beklagen, Leute, die Alles gethan haben, um die Piemontesen in unser Land zu bringen, so muß es wahrscheinlich schlecht damit ausschauen. Das Volk ist natürlich über solche erbärmliche Zustände aufgebracht, denn es leidet durch die Verzögerung und Verschleppung der Prozesse die empfindlichsten Verluste.

**Neapel, 2. Jänner.** Der „Conciliatore“, ein katholisches und legitimistisches Blatt, hatte in einem Artikel den Besuch des Kardinals d'Andrea beim Kronprinzen Humbert getadelt und an die Scheidung der schwarzen (päpstlichgesinnten) und rothen (kaiserlichgesinnten) Kardinalen zur Zeit Napoleons I. erinnert. Darauf replicirt nun der Kardinal in dem Blatte selbst unter Berufung auf das Preßgesetz. Pius IX. sagt er u. A., unterscheide ja auch Personen und Sachen, und habe z. B. ein Schreiben seines Pathenkindes, der Prinzessin Maria Pia, der Schwester des Prinzen Humbert, bei ihrer Vermählung auf's freundlichste und mit reichen Geschenken erwidert, ja auch dem Sultan durch einen eigenen Abgesandten Gegen Geschenke machen lassen. Aehnliche Höflichkeit werde daher auch ihm, dem Kardinal, gestattet sein. Eine Anspielung des „Conciliatore“ auf Passaglia veranlaßt den Kardinal, diesen suspendirten Exjesuiten als einen der gelehrtesten und verdienstlichsten Theologen der Gegenwart zu preisen, der seinen Ruf durch die Widerlegung Renan's auf's Neue bewährt habe.

**Paris.** Eine Reduktion der französischen Marine ist zur Erleichterung des Ausgabebudgets angeordnet worden. Nach Toulon ist der Befehl ergangen, 16 Schiffe verschiedenen Ranges abzurufen.

Der alte Erzbischof von Cambray ist der erste der französischen Prälaten, der öffentlich gegen das Rundschreiben des französischen Kultusministers auftritt.

Das „Memorial“ bestätigt, daß der Papst dieses Jahr dem Kaiser Maximilian den geweihten Hut und Degen, so wie der Kaiserin Charlotte die goldene Rose übersenden wird. Der Hut ist nach alter Vorschrift von carmoisinrothem Sammt, mit Hermelin verbrämt und mit einer goldenen Schnur eingefast. In der Mitte desselben ist eine goldene Taube als Sinnbild des heil. Geistes angebracht. Früher war dieser Hut manchmal, „wenn es der Stand des päpstlichen Schatzes erlaubte“, mit Edelsteinen besetzt. Der Griff des geweihten Degens ist gleichfalls von Gold. — Die goldene Rose ist ein Kleinod, das der Papst am vierten Sonntag der Fastenzeit einzuweihen und irgend einer durch ihre Frömmigkeit ausgezeichneten Fürstin oder einer besonders anhänglichen Kirche, oder manchmal selbst einem um den päpstlichen Stuhl hochverdienten Laube zu schenken pflegt. Die goldene Rose ist gewöhnlich mit Edelsteinen verziert und mit feinem Wohlgeruch angefüllt, um den lieblichen Duft anzudeuten, den die Kirche durch ihre Heiligkeit über den Erdenkreis verbreitet.

**London, 7. Jänner.** Der Cardinal Dr. Wiseman wird dieser Tage eine von ihm veranlaßte Zusammenkunft mit einigen hervorragenden Mitgliedern des katholischen Episkopats von England und Irland haben. Auch einige katholische Theologen, wie namentlich Dr. Newman, werden an dieser in die Wohnung des Erzbischofs von Westminster berufenen Zusammenkunft theilnehmen. Ich vermute nicht bloß, sondern habe positiven Grund zu glauben, daß es sich hierbei um eine Besprechung handelt bezüglich der Art und Weise, wie die Enchiklita vom 8. Dezember mit ihren Annexen seitens der Häupter der katholischen Kirche in Großbritannien zu behandeln ist. Die leidenschaftlich gehäßige Beurtheilung, welche diesem kirchlichen Akt in der leitenden Presse dieses Landes zu Theil geworden ist, muß sehr begreiflicher Weise den berufenen Wortführer der britischen Katholiken die Nothwendigkeit eines einigen und vorsichtigen, wenn auch selbstverständlich ihren Pflichten nichts vergebenden Verhaltens nahe legen. Zuörderst wird den Bischöfen die Aufgabe gestellt sein, in den Hirtenbriefen, die sie zur Fastenzeit an den Klerus und die Gläubigen ihrer Diözesen erlassen, die Bedeutung und Tragweite jenes Aktes auf das richtige Maß zurückzuführen.

Man meldet aus **New-York, 28. Dezember**: Laut offizieller Anzeige hat Sherman am 22. d. M. Savana eingenommen, wobei er 150 Kanonen und 30.000 Ballen Baumwolle erbeutete, jedoch nur 800 Gefangene machte. Hardee war nämlich mit seiner Armee, nach Zerstörung der Panzerschiffe und der Werfte, in der Nacht entwichen; in der Stadt waren 20.000 Einwohner verblieben. Die Korrespondenten melden, hatte Sherman nach Eroberung des Forts Lee und mehrerer Außenwerke am 21. Savana zur Uebergabe aufgefordert; Hardee antwortete ablehnend, trat aber sofort den Rückzug über den Fluß nach Union City an. Laut Depeschen von Beauregard vom 24. hat Hardee rapportirt, daß sich eine Truppe Nordstaatlicher von Savana her dem Altamah-Flusse näherte, deren Zweck vermuthlich die Zerstörung der Savana- und Albany Guls-Bahn sei; Hardee hatte Anstalten getroffen, der Streitmacht den Weg zu verlegen. Die gegen Wilmington abgegangene Expedition unter Porter und Butler ist unverrichteter Sache nach Fort Monroe zurückgekehrt.

Die Gründe des Abzuges sind nicht klar. Es scheint bei Fort Fisher eine glückliche Landung am 24. oder 25. bewerkstelligt worden zu sein. Richmonder Blätter selber sagen, daß 3 Brigaden oberhalb dieses Forts gelandet seien, und halten dieß für eine sehr gefährliche Sache. Schließlich war das Fort selber, wie es scheint, durch Butler's Infanterie attackirt, diese aber mit Verlust zurückgeschlagen worden. Die Flotte half bei diesen Operationen mit und bombardirte Fort Fisher zwei Tage lang; angeblich war 600 Fuß vor dem Fort ein Pulverschiff in die Luft geflogen, doch ist nicht gesagt, daß dieses großen Schaden verursacht habe und die Veranlassung zum Abzuge gewesen sei. Die Verfolgung Hood's durch General Thomas dauert fort; letzterer stand am 25. zwanzig Meilen südlich von Columbia, Hood am 24. zwanzig Meilen nördlich vom Tennessee-Flusse; er hat Vieles im Stiche gelassen, um seine Pontons zu retten, doch dürfte ihm des hohen Wasserstandes wegen der Uebergang über den Tennessee schwer werden. Bei Fort Branch am Roanoke-Fluß sind die Bundesstruppen angeblich zurückgeschlagen worden; auch in West-Virginien sollen sie, südstaatlichen Blättern zufolge, Breckinridge gegenüber den Kürzeren gezogen haben.



## Telegraphische

## Effekten- und Wechsel-Kurse

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien

Den 12. Jänner

5% Metalliques	72.40	1860er Anleihe	95.85
5% Nat.-Anleihe	50.55	Silber	114.50
Bankaktien	79.2	Ponden	115
Kreditaktien	181.90	R. f. Dufaten	5.46

## Fremden-Anzeige

vom 11. Jänner.

## Stadt Wien.

Die Herren: Graf Leiningen, k. k. Oberst, von Verona. — Bongen, Inspektor, von Wien. — Hollander, Bank-Inspettor, von Preßburg. — Reyer, Ouspächter, von Ponowitz. — Schleimer von Gotscher. — Payr, Geschäftsführer, aus Dietrichau.

## Elephant.

Die Herren: Manz, Agent, und v. Nollendorf von Triest. — Schwab und Hossnigg, Kaufleute, von Wien. — Grans, Geschäftsmann, von St. Ulrich. — Schuscha, Gewerksbesitzer, aus Steiermark. — Horn, Kaufmann, von Görz. — Valentini, Realitätenbesitzer, von Illhr. — Feilrich. — Frau Alnaber, von Budeg.

## Bayerischer Hof.

Die Herren: Hofmann, k. k. Thierarzt, von Wien. — Troschka, k. k. Offizial, von Kesthely.

(8—2)

Nr. 5581.

## Kuratorsbestellung.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird bekannt gemacht, daß der für Mathias Gasparuz bestimmte Tabularbescheid ddo. 15. Juni 1864, Z. 1454, betreffend die Umschreibung der Realität sub Urb. Nr. 13 ad Lbur-lack auf den Namen der Agnes Krajnzh, da der Aufenthalt des Obigen unbekannt ist, dem für ihn als Curator ad actum aufgestellten Herrn Albert Ritter von Höffern, k. k. Notar in Planina, zugestellt worden sei.

R. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 9. Dezember 1864.

(2509—2)

Nr. 16839.

Uebertragung  
3. exekutiver Feilbietung.

Im Nachhange zum dießgerichtlichen Exakte vom 19. September 1864, Nr. 13916, wird kund gemacht:

Es sei die auf den 19. November 1864 angeordnete dritte exekutive Feilbietung der, dem Johann Vande von Verh gehörigen Realität auf den

18. Februar 1865,

mit Beibehalt des Ortes, der Stunde und des letzten Anhanges übertragen worden.

R. k. k. deleg. Bezirksgericht Laibach am 12. November 1864.

(43—2)

Nr. 1011.

Dritte  
exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Groß-laschitz, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Stefan Pudloger von Tomaslin, gegen Michael Gruden von Großlaschitz wegen, aus dem Vergleich ddo. 4. August 1837 schuldiger 40 fl. 22 kr. d. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Pektorn gehörigen, im Grundbuche Auresperg sub Urb. Nr. 889, Realit. Nr. 740, vorkommenden Suben-realität sammt An- und Zugehör im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 1105 fl. d. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die drei Feilbietungs-Tagssagungen auf den

23. November,

23. Dezember 1864 und

26. Jänner 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in loco der Amtskanzlei mit dem Anhang bestimmt worden, daß die feilbietende Realität nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt und die Visitationsbedingungen

können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Großlaschitz, als Gericht, am 8. April 1864.

Nr. 3400.

## Anmerkung.

Nachdem die 1. und 2. Feilbietung einverständlich als abgethan erklärt wurde, so wird am

26. Jänner 1865

zur dritten und letzten Feilbietung mit dem obigen Anhang geschritten werden.

R. k. Bezirksamt Großlaschitz, als Gericht, am 23. November 1864.

(44—2)

Nr. 3391.

Dritte  
exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Groß-laschitz, als Gericht, wird bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Exekutionärs Martin Grabisder mit Einverständnis des Exekuten Josef Gern von Sagoriza Haus-Nr. 4, die mit dem Bescheide vom 16. Juli 1864, Nr. 1849, 1. auf den 23. November und 2. auf den 23. Dezember 1. J. angeordneten Realfeilbietungs-Tagssagungen als abgethan erklärt werden, und wird zur 3. und letzten auf den

26. Jänner 1865

anberaumten Realfeilbietung mit dem vorigen Anhang geschritten werden.

R. k. Bezirksamt Großlaschitz, als Gericht, am 22. November 1864.

(9—3)

Nr. 5580.

## Erinnerung

an die Anton Saller'schen Erben Johanna und Anna Saller, dann der Ursula Scheyer von Maunzig.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird der Anton Saller'schen Erben Johanna und Anna Saller, dann der Ursula Scheyer von Maunzig hiemit erinnert, daß wegen des unbekannten Aufenthaltes die sie betreffenden Tabularbescheide ddo. 6. September 1864, Z. 4229, pelo. Lösung der für die Genannten auf der Realität sub Urb. Nr. 253, ad Haasberg haftenden Forderungen pr. 166 fl. und 43 fl. 27 kr. sammt Anhang dem für dieselben als Curator ad actum aufgestellten Herrn Albert Ritter v. Höffern, k. k. Notar in Planina, zugestellt worden seien.

R. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 9. Dezember 1864.

(28—3)

Nr. 1382.

Dritte  
exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Neumarkt, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es sei die exekutive Feilbietung der, dem Herrn Josef Weiß gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Neumarkt sub Urb. Nr. 213 vorkommenden, gerichtlich auf 4680 fl. öst. W. geschätzten Realität wegen, dem Herrn Kaspar Pollak aus dem Vergleiche vom 23. Dezember 1851, Z. 3312 schuldiger 366 fl. 9 kr. öst. W. oder 384 fl. 45 kr. d. W. c. s. c. bewilliget, und die Vornahme auf den

16. November,

20. Dezember 1864 und

27. Jänner 1865,

jedesmal Vormittags 9 Uhr, in dieser Gerichtskanzlei mit dem Besatze angeordnet, daß die Realität bei der dritten Feilbietungs-Tagssagung auch unter dem Schätzungswerte verkauft werden würde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbucheextrakt und die Visitationsbedingungen, darunter der Erlag von 936 fl. als Badium, können in den gewöhnlichen Amtsstunden bei diesem Gerichte eingesehen werden.

R. k. Bezirksamt Neumarkt, als Gericht, am 4. September 1864.

Nr. 2045

## Anmerkung.

Bei der zweiten Feilbietungs-Tagssagung ist kein Kauflustiger erschienen.

(34—3)

Nr. 2848.

Uebertragung  
exekutiver Feilbietung.

Im Nachhange zu den dießgerichtlichen Exakten vom 5. November 1863, Z. 1885 und vom 6. Mai 1864, Z. 1398, wird bekannt gemacht, daß die auf den 26. d. Mts. angeordnete dritte exekutive Feilbietung der dem Johann Kraz von Unterlahns gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Kettenburg sub Urb. Nr. 153 vorkommenden Suben-realität über Ansuchen des Hrn. Julius Zombart, Cessionärs des Hrn. Paul Warran, auf den

27. Jänner 1865,

Vormittags 9 Uhr, übertragen worden ist.

R. k. Bezirksamt Rastendorf, als Gericht, am 26. August 1864.

(2518—3)

Nr. 6303.

## Exekutive Feilbietung.

Vom k. k. Bezirksamte Adelsberg, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen der k. k. Finanzprokuratur-Abtheilung in Laibach von des Georg Renko'schen Verlasses in die exekutive Feilbietung der dem Andreas Penarzh von Großmairhof gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Prem sub Urb. Nr. 21/2 vorkommenden, gerichtlich auf 342 fl. 10 kr. bewertheten Realität sammt An- und Zugehör wegen, aus dem Vergleiche vom 31. Mai 1859, Z. 2514, schuldiger 97 fl. 50 kr. c. s. c. gewilliget, und zu deren Vornahme die Tagssagungen auf den

4. Februar,

4. März und

4. April 1865,

jedesmal Vormittags 9 Uhr, in dieser Gerichtskanzlei mit dem Besatze angeordnet worden, daß obige Realität bei der ersten und zweiten Tagssagung nur um oder über den Schätzungswert, bei der letzten aber auch unter demselben an den Meistbietenden hintangegeben werden wird.

Hievon werden die Kauflustigen mit dem Bemerkens in die Kenntnis gesetzt, daß der Grundbucheextrakt, das Schätzungsprotokoll und die Visitationsbedingungen während der gewöhnlichen Amtsstunden hiergerichts eingesehen werden können.

R. k. Bezirksamt Adelsberg, als Gericht, am 19. Dezember 1864.

(2519—3)

Nr. 5513.

## Erinnerung

an Mariana Potoznik und deren unbekannte Erben.

Von dem k. k. Bezirksamte Wippach, als Gericht, wird der Mariana Potoznik und deren unbekannten Erben hiermit erinnert:

Es habe Anton Bratovsch von Drevonza Nr. 17 wider dieselben die Klage auf Verjährterklärung der zu Gunsten der Mariana Potoznik mit dem Ehevertrage vom 9. Jänner 1805 seit dem 18. März 1825 auf der im Grundbuche Schwigbessen sub Tom. 1, Pag. 302, Post-Zahl 139, Urb. Nr. 42, Mts. Zahl 25 1/4 vorkommenden Realtheile intabulierten Heiratsgutforderung pr. 445 fl. 49 1/2 kr. öst. W. sub praes. 25. November 1864, Z. 5513, hiemit eingebracht, worüber zur mündlichen Verhandlung die Tagssagung auf den

6. April 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anhang des §. 29 a. O. D. angeordnet, und den Klagen wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Herr Johann Nep. Dellenz von Wippach als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

(57—2)

## 150 bis 200 Eimer 1863er Weine

von vorzüglicher Qualität sind im Weinkeller der Frau Maria Herzog in Drenowitz bei Wisel zu verkaufen.

Anzufragen bei Herrn Anton Nagy, k. k. Steuereinnemer in Mann.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und außer namhaft zu machen haben, widrigenfalls die Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

R. k. Bezirksamt Wippach, als Gericht, am 25. November 1864.

(72—1)

## Vergleichsverfahren.

Julius August Bollmer  
in  
Laibach.

In Folge der von dem k. k. Landesgerichte Laibach mit Dekrete vom 10. Jänner 1865, Z. 151, erfolgten Einleitung des Vergleichs-Verfahrens über das

unter der Firma: „Bau- und Maschinenschloßerei Julius August Bollmer“ geführte Geschäft des Jul. Aug. Bollmer von Laibach, St. Petersvorstadt Nr. 82, werden in Gemäßheit des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R. G. B. Nr. 97, die Herren Gläubiger hiemit aufgefordert, zur Wahl des definitiven Gläubiger-Ausschusses

am 6. Februar 1865

in der Amtskanzlei des gefertigten Gerichts-Kommissärs, Stadt Nr. 180, entweder persönlich, oder durch mit schriftlicher Vollmacht versehene Nachhaber vertreten, zu erscheinen, oder aber sich an der Wahl mittelst einer mit beglaubigter Unterschrift versehenen Erklärung zu betheiligen.

Laibach am 12. Jänner 1865.

Dr. Bart. Suppanz,

k. k. Notar, als Gerichtskommissär.

(73)

## Als Praktikant

wünscht ein Septimaner in eine Apotheke unterzukommen.

Die Anträge wollen abgegeben werden unter: J. P. poste restante Laibach.

(71—1)

In der Elephantengasse im Lataf-Gewölbe sind über 160 Gattungen schönsten Sommerblumen-Samens, die Portion um 5 kr., zu haben.

Das Verzeichniß der Blumen zur beliebigen Auswahl liegt dort vor.

## Hausverkauf.

Das Haus Nr. 104 in der Rosengasse zu Laibach, 2 Stock hoch, solid gebaut, mit 14 Zimmern, 12 Kichen, 2 Kellern und Holzschliffen, mit schöner Aussicht über den St. Jakobsplass, einem kleinen Hofgarten und geräumigem Hofraum mit einem jährlichen Zins-erträgniß von 500 fl. ist um 5000 fl. öst. W. oder 5250 fl. öst. W. aus freier Hand zu verkaufen. Auskunft ertheilt der Hauseigenthümer daselbst.

(10—3)

(70)

## Gesucht wird

eine Wohnung in der Nähe vom Schulgebäude mit drei Zimmern und Küche, Speis, Keller, Holzlege und Dachkammer und zu Georgi zu beziehen.

Das Nähere im Zeitungs-Comptoir.